

Für eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft

Die Ökonomie des Wohlergehens

Eine neue Umfrage zeigt, dass nur wenige Menschen in Deutschland das Wirtschaftssystem für sozial gerecht halten. Wie kann eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft der Zukunft aussehen? Welche Rolle spielen Wachstum, Ressourcenverbrauch, soziale Ungleichheit und Lobbymacht von Konzernen?

Von Marita Wiggerthale und Barbara Sennholz-Weinhardt

Viele Menschen in Deutschland haben den Eindruck, dass wir vor einer Zeitenwende stehen. Dass soziale und ökologische Krisen schon da sind und die Politik bei der Krisenbewältigung nicht in die Gänge kommt. Das hat eine Umfrage vor der Corona-Pandemie ergeben. Der Schlüssel liegt in einem sozial und ökologisch gerechten Umbau der Wirtschaft. Ende April hat Oxfam Deutschland zusammen mit dem Europäischen Umweltbüro den Bericht „Towards a Wellbeing-Economy“ veröffentlicht, der die zerstörerischen sozialen und ökologischen Auswirkungen des derzeitigen Wirtschaftssystems aufzeigt und einen alternativen Ansatz für ein gerechteres Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen vorschlägt. Im Bericht liegt der Fokus auf der europäischen Wirtschaft, weil diese und die damit verbundene Wirtschaftspolitik erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und damit auf das Wohlergehen und die Lebenschancen vieler Menschen rund um den Globus hat.

Wie sozial und ökologisch zerstörerisch unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist, veranschaulicht das Modell der Donut-Wirtschaft, das die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth entwickelt hat. Es definiert einerseits menschenrechtliche Mindeststandards, etwa ausreichend Essen und Trinken, ein Dach über dem Kopf, Bildung oder politische Teilhabe. Andererseits bezieht es die planetaren Grenzen mit ein, berechnet anhand von Treibhausgasemissionen, Luftverschmutzung, Biodiversität

oder der Nutzung von Land und Wasser. In Großbritannien haben Forscher/innen der Universität Leeds auf Grundlage dieses Modells die Volkswirtschaften von 151 Ländern untersucht. Das Ergebnis: Die Länder sind entweder nicht in der Lage, soziale Grundbedürfnisse zu befriedigen, oder sie überschreiten massiv die planetaren Grenzen – viele tun sogar beides. Auch die Volkswirtschaften der 27 EU-Mitgliedsstaaten plus Großbritannien schießen massiv über unsere planetarischen Grenzen hinaus, sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene.

Ökologische Krisen und Ungleichheit

Die ökologischen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, können nicht von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit getrennt werden. Die heutigen Ungleichheitsverhältnisse auf der Welt sind nicht zu verstehen, ohne die Unterwerfung und Ausbeutung der Länder des Globalen Südens durch europäische und andere Kolonialmächte zu berücksichtigen. Auch wenn der Kolonialismus formal beendet ist, bestehen strukturelle Privilegien beziehungsweise Nachteile fort, aufrechterhalten unter anderem durch ungerechte Handelsregeln oder Verschuldungsfällen. Mehrere Zahlen können dies verdeutlichen: 200 Milliarden US-Dollar, die im Schuldendienst aus dem Globalen Süden jährlich in Länder des Globalen Nordens fließen; 700 Milliarden US-Dollar, die Ländern des Globalen Sü-

dens aufgrund von ungleich verteilten Privilegien in den Handelsregeln jährlich entgehen; 500 Milliarden US-Dollar, die ausländische Investoren an Profiten aus Ländern des Global Südens abziehen. Zum Vergleich: Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit liegen bei rund 150 Milliarden US-Dollar.

Eine der Hauptursachen für Ungleichheit ist der sogenannte Medici-Teufelskreis, in dem Geld benutzt wird, um politische Macht zu erlangen, und politische Macht wiederum genutzt wird, um mehr Geld zu verdienen. Da die Mehrheit der Reichsten der Welt ihre Position durch den Besitz großer Unternehmen erlangt hat, sind Unternehmensreichtum und individueller Reichtum – und Einfluss – eng miteinander verbunden. Laut UNCTAD hat ein Teufelskreis aus Marktmacht, die Lobbymacht hervorbringt, dazu geführt, dass die zweifelhafte Jagd nach höheren Unternehmensrenditen legitimiert wird und systematisch zu wachsenden Einkommensungleichheiten und Machtungleichgewichten in der Weltwirtschaft beiträgt. Eine Gesamtanalyse der Lobbymacht von großen Konzernen innerhalb der EU liefert das Corporate Europe Observatory. Diese zeigt, wie Konzerninteressen über die EU-Mitgliedsstaaten kanalisiert werden und wie sehr ihre Lobbyarbeit jener von Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgrund ihrer schier Größe und ihrer symbiotischen Beziehung zu Regierungen überlegen ist.

Wirtschaftswachstum und Wohlergehen

Ständiges Wirtschaftswachstum gilt immer noch als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel in der EU. Dabei versagen die Mitgliedsstaaten und die EU, sogar ihre selbst gesteckten sozialen und ökologischen Ziele zu erreichen. Die Abhängigkeit vom Wachstum bringt nicht nur den wenigen an der Spitze der Wirtschaftspyramide Wohlstand, sondern zerstört auch die Umwelt und heizt die globale Erderhitzung an. Die Zusam-

menhänge zwischen wachsendem BIP, Wachstum des Abbaus (des materiellen Fußabdrucks) und höheren Emissionen werden in einem aktuellen Briefing-Papier der Europäischen Umweltagentur (EEA) beleuchtet. Sie schreibt, dass „die anhaltende ‚Große Beschleunigung‘ des Verlusts der biologischen Vielfalt, des Klimawandels, der Verschmutzung und des Verlusts von Naturkapital eng mit wirtschaftlichen Aktivitäten und Wirtschaftswachstum verbunden ist“. Donut-Ökonomie, Postwachstum und Degrowth seien Alternativen zu Mainstream-Konzeptionen des Wirtschaftswachstums, die wertvolle Einsichten böten. Das Ergebnis der fundierten, wissenschaftlichen Analyse des EEA ist, dass die negativen sozialen und ökologischen Trends nicht umgekehrt werden können, wenn weiterhin das Wachstums des BIP als politisches Ziel verfolgt wird. Vordringliche politische Aufgabe ist daher ein Umbau der Sozialsysteme und Produktionsweisen, sodass sie wachstumsunabhängig stabil bleiben können. Nur so gewinnen politische Entscheidungsträger/innen den Handlungsspielraum zurück, der für die soziale und ökologische Wende unverzichtbar ist.

Folgende Schlussfolgerungen leiten sich aus der Analyse ab:

- Wir müssen an den Ursachen ansetzen, statt uns an Symptomen abzuarbeiten. Der Fokus auf Symptome ist ein Windmühlkampf, der nicht zu gewinnen ist. Unsere Aufmerksamkeit sollte konsequent auf der Überwindung von ausbeuterischen Strukturen, Machtkonzentration und Wachstumszwang liegen.
- Für global gerechte Strukturen müssen wir neokoloniale Abhängigkeiten in der Weltwirtschaft überwinden. Dies erfordert unter anderem weitreichende Schuldenerlasse, Entschädigungen für geschehenes Unrecht sowie eine neue Handelspolitik, die florierende lokale und regionale Märkte ermöglicht und Menschenrechte schützt.
- Macht und Reichtum gehören in viele statt in wenige Hände, dafür müssen wir die Wirtschaft demokratisch ge-

stalten. Es braucht unter anderem einen gleichberechtigteren Zugang zu natürlichen Ressourcen, Technologien und Wissen. Unternehmen müssen so reguliert werden, dass sie das Gemeinwohl und die Interessen aller von ihren Entscheidungen Betroffenen berücksichtigen.

- Die Wirtschaft muss ein gutes Leben für alle ermöglichen, egal ob sie wächst oder nicht. Wir brauchen eine andere Wohlstandsdefinition, die soziale und ökologische Kosten und Nutzen unseres Wirtschaftens abbildet. Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, ökologische und soziale Ziele zu erreichen.
- Gesellschaftsverändernde Politik braucht soziale Bewegungen. Die oben beschriebenen Veränderungen sind im Kern politisch und damit selbst eine Frage der Macht. Sie betreffen Eigentumsfragen und Privilegien; Dinge, die Menschen nur selten freiwillig hergeben. Es geht also nicht nur um das richtige Argument, sondern auch darum, ein Gegengewicht zu schaffen.

AUTORINNEN + KONTAKT

Marita Wiggerthale ist Referentin für Welternährung und globale Agrarfragen bei Oxfam Deutschland e. V.

Barbara Sennholz-Weinhardt ist Mitautorin des Berichts und Wirtschaftsreferentin bei Oxfam Deutschland e. V.

Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin. Tel.: +49 30 453069-612, E-Mail: mwiggerthale@oxfam.de, bsennholz@oxfam.de

Nachhaltigkeit

A-Z



U

wie Unverpackt

Können wir Verpackungen zukünftig einfach weglassen, so wie es Hunderte Unverpacktläden allein in Deutschland vormachen? Angesichts weltweit steigender Kunststoffmengen wäre dies gut – aber Verpackungen haben auch viele Funktionen von der Hygiene bis hin zum Marketing. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis diskutieren in 21 Beiträgen die Herausforderungen, Potenziale und Chancen des Weglassens von Verpackungen.

M. Kröger, J. Pape, A. Wittwer (Hrsg.)

Einfach weglassen?

Ein wissenschaftliches Lesebuch zur Reduktion von Plastikverpackungen im Lebensmittelhandel

425 Seiten, Broschur, 26 Euro, ISBN 978-3-96238-243-8

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft